

IWH-Pressemitteilung 35/2013

Halle (Saale), den 23. Oktober 2013

Rekommunalisierung ist kein Königsweg!

Der jahrelange Trend, kommunale Einrichtungen wie Wohnungsgesellschaften oder Versorgungsunternehmen zu privatisieren, scheint sich umzukehren. Die Hamburger Bürger haben jüngst per Volksentscheid Ihrem Senat aufgetragen, die an die Konzerne Vattenfall und E.on verkauften Energieversorgungsnetze der Stadt wieder vollständig in städtischen Besitz zu bringen. Martin Rosenfeld, Städtökonom am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), unterzieht in seinem Kommentar die mit der Rekommunalisierung verbundenen Hoffnungen auf Gesundung der kommunalen Haushalte einer kritischen Beurteilung.

Parallel zur Bundestagswahl am 22. September 2013 wurde in der Hansestadt Hamburg per Volksentscheid über den Vorschlag eines vollständigen Rückkaufs der lokalen Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze abgestimmt – im Ergebnis votierte eine knappe Mehrheit mit „Ja“. Dieser Fall hat bundesweite Aufmerksamkeit erlangt, bildet jedoch bei genauer Betrachtung nur die Spitze des Eisbergs eines allgemeinen Trends der „Rekommunalisierung“. Gemeint ist hiermit, dass Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Leistungsangebote, die in den letzten zehn bis 20 Jahren von vielen Städten und Gemeinden betrieben wurden, wieder rückgängig gemacht werden.

Was treibt diesen Trend? Häufig wird auf den Wunsch der Bevölkerung verwiesen, die „Energiewende“ im Sinne einer stärkeren Nutzung regenerativer Energien sowie einer Steigerung der Energieeffizienz zu beschleunigen. Dabei wird erwartet, dass diese Ziele im Rahmen eines kommunalen Unternehmens eher erreicht werden könnten als über den Abschluss entsprechender vertraglicher Vereinbarungen mit einem privaten Unternehmen. Aber dies hängt eigentlich nur davon ab, wie diese Vereinbarungen konkret ausgestaltet werden.

Auch die teilweise chronischen finanziellen Engpässe der Kommunen spielen für die Forderung nach Rekommunalisierung eine Rolle. So wird davon ausgegangen, dass kommunale Unternehmen auf Dauer als „Melkkühe“ zur Erzielung von Gewinnen eingesetzt werden können, die dann in den Stadt- oder Gemeindehaushalt einfließen können. Dies ist allerdings problematisch, unter anderem, weil hieraus überhöhte Belastungen des privaten Sektors mit Gebühren und Beiträgen resultieren. Schließlich wird für die Rekommunalisierung auch die Erwartung einer höheren lokalen Wertschöpfung und Beschäftigung sowie höherer kommunaler Steuereinnahmen angeführt. Tatsächlich kann eine Kommune diese Ziele besser erreichen, wenn die für die Produktion einer Leistung erforderlichen Inputs überwiegend innerhalb ihres Territoriums zum Einsatz kommen, was bei einem kommunalen Unternehmen stets gesichert sein dürfte. Es ist aber zu bedenken, dass damit vielfach auf Größenvorteile verzichtet werden muss, die eher durch eine räumliche Konzentration von Inputfaktoren erreicht werden können, wie sie im Rahmen umsatzstarker privater Unternehmen möglich ist.

Sperrfrist:

23. Oktober 2013
11:30 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Martin T. W. Rosenfeld
Telefon:
+ 49 345 7753 750
E-Mail:
mrd@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und
Technologie (**BMWi**),
Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für
Verkehr, Bau und Stadt-
entwicklung (**BMVBS**)

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Privatisierung,
Rekommunalisierung,
Kommunalhaushalte,
kommunale
Energieversorgung

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Rekommunalisierung ist also keineswegs ein Königsweg, um relevante Zielsetzungen der Kommunen und ihrer Bürgerschaft zu erreichen. Gerade in Bezug auf die fiskalischen Ziele wäre es auf jeden Fall besser, wenn sich die Kommunen und ihre Spitzenverbände wieder verstärkt für die längst überfällige Reform des kommunalen Einnahmensystems einsetzen würden. Vielleicht bietet sich ja hierfür in der neuen Legislaturperiode des Bundestags endlich eine Chance.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld
Tel.: +49 345 7753 750, E-Mail: martin.rosenfeld@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.